

Tagesordnung I Punkt 18 der öffentlichen Sitzung am 21.07.2005

Vorlage Nr. 05-F-03-0093

**Die Mindestausstattung der Schulen muss mit der Verkürzung der gymnasialen Ausbildung Schritt halten
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2005 -**

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die von der Hessischen Landesregierung veranlasste Verkürzung des gymnasialen Ausbildungsganges (G8) führt zu einem erheblichen Anstieg der Schulstunden in der Mittelstufe, der ohne Ausweitung der Unterrichtszeit auf die Nachmittagsstunden nicht zu bewältigen ist. Um diesen Herausforderungen entsprechen zu können, müssen die Wiesbadener Gymnasien Räume für die Zubereitung und Einnahme eines warmen Mittagessens, Freizeiträume für Spiel und Erholung sowie Räumlichkeiten für die Hausaufgabenhilfe und Arbeitsgruppen bereit stellen.
Entsprechend des Konnexitätsprinzips müsste das Land Hessen dem kommunalen Schulträger den Kostenaufwand der hierfür erforderlichen Investitionen an Gymnasien, die noch nicht in das Ganztagsprogramm aufgenommen sind, erstatten sowie für die laufenden Ausgaben an allen Gymnasien in vollem Umfang aufkommen.
2. Trotz ihrer angespannten Haushaltslage ist die Landeshauptstadt Wiesbaden jedoch bereit, sich mit eigenen Finanzmitteln an der Bewältigung dieser Ausgabe zu beteiligen. Von Seiten des Landes Hessen erwartet sie im Gegenzug die Bereitschaft, 50 Prozent der anfallenden Investitionskosten beizusteuern und zusätzlich von den im laufenden Betrieb entstehenden Kosten 10.000 Euro pro Schule und Haushaltsjahr zu übernehmen.

Beschluss Nr. 0337

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.07.2005 betr.

Die Mindestausstattung der Schulen muss mit der
Verkürzung der gymnasialen Ausbildung Schritt halten

wird zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Schule und Kultur überwiesen.

1. Frau Vorsitzenden des
Ausschusses für Schule und Kultur
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, . 07.2005

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16-

Wiesbaden, .07.2005
In Vertretung des Oberbürgermeisters

Dezernat VIII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Stadtkämmerer